

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 34/ 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugabepreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Waltlüber kostenlos

Berlin, 27. August 1926

Louis Gruenwaldt 70 Jahre!

Am 24. August 1926 konnte unser alter Organisator der Tapeziererbewegung, Louis Gruenwaldt, auf ein Lebensalter von 70 Jahren zurückblicken. Wie wir aus bester Quelle hören, erfreut sich unser Geburtstagskind noch vollkommener Gesundheit und geistiger Frische. Was Gruenwaldt der Tapeziererbewegung gemein ist, kann nur der erweisen, welcher die Schwierigkeiten zu beurteilen vermag, die mit den ersten Verträgen verbunden waren, die Berufsgenossen in einer Organisation zu vereinen. Er war es, der immer wieder die Willenstrast zur Initiative aufbrachte, wenn alle anderen schon verzagt und der Organisationsgedanke zu erlöschen drohte. Er gründete 1883 den Fachverein in Hamburg und 1884 die Krankenkasse der Tapezierer Deutschlands, und während des Sozialistengesetzes auch die einzige zentrale Verbindung der Tapezierer war. In der sozialdemokratischen wie in der Gewerkschaftsbewegung kämpfte Gruenwaldt stets energisch und mit großer Begeisterung. Immer war er besorgt, der Arbeiterschaft zu nützen und ihre Interessen zu fördern. Das Vertrauen der Partei stellte ihn auf den verantwortungsvollen Posten des Staatsrats für das Gesundheitswesen in Hamburgs Staatsrat, in welcher Stellung er ebenfalls Vorbildliches leistete.

Als ehemaliger Vorsitzender des Tapeziererverbandes war es sein eifriges Bestreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsgenossen zu verbessern. Harte Kämpfe mußten ausgefochten werden, nie hat unser Gruenwaldt den Mut gefehlt, immer war er bereit, die Besche zu springen, wo es erforderlich war. Das soll ihm ungerne vergessen bleiben.

Wir wünschen unserem Kollegen Gruenwaldt zu seinem 70. Geburtstag alles Glück. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange in voller Gesundheit seine geschätzte Kraft zum Nutzen und zum Wohle der Hamburger Bevölkerung zu erhalten.

Zur Werbewoche.

Kollegen und Kolleginnen! Trefft alle Vorbereitungen, damit uns die Werbewoche vom 13. bis 19. September Erfolg bringe! Macht euren Mitarbeitern besonders folgendes klar:

Die Bedeutung des Tarifvertrages. In der tarifvertraglichen Festlegung der Arbeitsbedingungen erblicken die Gewerkschaften ein Mittel, dem Unternehmer eine stärkere Verpfändung zur Innehaltung der Zugeständnisse aufzuerlegen, die sie beim Abschluß einer Lohnbewegung aufzuweisen mußten. Der Wert des Tarifvertrages als Mittel der gewerkschaftlichen Betätigung, über den ebendies viel gesprochen wurde, steht heute bei der Arbeiterschaft außer allem Zweifel. Das Unternehmertum sträubte sich jedoch jahrelang gegen den Abschluß von Tarifverträgen, und es hat seinen inneren Widerwillen gegen sie auch jetzt noch nicht vollends überwunden, weil im Abschluß von Tarifverträgen die Anerkennung der Gewerkschaften als anerkannte Vertretungen der Arbeiterschaft und die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Partner des Arbeitvertrages enthalten ist. Harte, opfervolle Kämpfe bedurfte es in der Zeit vor dem Kriege, um diesem Prinzip Geltung zu verschaffen und um gleichzeitig die arbeitsvertraglichen materiellen Verbesserungen des Arbeitervorteilhaftes durchzuführen und tariflich festzulegen — harte Kämpfe bedurfte es, und dennoch gewann der Tarifvertrag langsam Boden. Im Jahre 1913 bestanden Tarifverträge für 143 088 Betriebe mit 1 400 000 Beschäftigten.

Ein gewaltiger Umschwung vollzog sich nach dem Kriege. Das Tarifvertragswesen erfuhr eine ungeahnte Ausdehnung. 1922 wurde ein Höhepunkt erreicht, denn in diesem Jahre waren die Arbeitsverhältnisse von 14,2 Millionen Arbeitnehmern tarifvertraglich geregelt. Auch in den folgenden Jahren trat nur ein verhältnismäßig geringer Abstieg von dieser Höhe ein, denn am 1. Januar 1925, dem jüngsten Erhebungsdatum, betrug die Zahl der Beschäftigten in 7000 Tarifverträgen für 785 945 Betriebe mit 11,9 Millionen Beschäftigten.

Beachtet man, daß, wie wir sagten, im Abschluß von Tarifverträgen die Anerkennung der Gewerkschaften als die von der Arbeiterschaft bevollmächtigt, dem Unternehmer gleichberechtigten Vertragspartner enthalten ist, so erkennt man an dieser ungewöhnlich großen Ausdehnung des Geltungsbereichs der Tarifverträge den großen Gewinn an öffentlicher Geltung und gesellschaftlicher Bedeutung, den die Gewerkschaften zu erlangen vermögen. Und am Werdegang des Tarifvertrages, an der neuen Wege, an den schweren Kämpfen, die notwendig waren, um den ihm ruhenden Gedanken zu dieser Anerkennung zu bringen, erkennt man den Weg der Gewerkschaften überhaupt, erkennt man die Höhe des Ansehens, das sie erlangten, um sie auf jene Höhe des Lebens und der Geltung zu heben, die sich in unseren

Zahlen über die Tarifverträge spiegelt. Dem einzelnen Arbeiter aber sichert die gewerkschaftliche Organisation durch den Tarifvertrag einen Rechtsanspruch auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen. Dieser Rechtsanspruch gibt dem Arbeiter beim Antritt einer neuen Stellung (sowie während der Dauer der Beschäftigung eine größere Sicherheit, denn er überhebt ihn der Notwendigkeit entwürdigenden Freischens um die Bedingungen des Arbeitsvertrages bei der Einstellung oder um notwendige Verbesserungen während der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Er weiß, welche Arbeitsbedingungen ihm zustehen, er ist über die Höhe dessen, was er zu fordern hat, nicht im Zweifel.

In diesen Vorteilen aber nehmen viele teil, die nichts beitragen zu den Opfern und Kämpfen, deren es bedurfte und täglich von neuem bedarf, um sie zu erringen. Denn 4,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder erkämpfen, wenn wir die Zahlen von 1924 im Auge behalten, die tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen für 11,9 Millionen Arbeitnehmer.

Kollegen! Diese Untätigen müssen in der internationalen gewerkschaftlichen Werbewoche vom 13. bis 19. September für die Gewerkschaften als Mitglieder gewonnen werden!

Stehen wir vor einem neuen Wirtschaftsaufschwung?

Seit einiger Zeit kann man in allen Zeitungen lesen, daß sich die Wirtschaftslage erheblich gebessert habe. Es ist auch richtig, daß sich in einzelnen Berufen eine Belebung bemerkbar gemacht hat, und daß die Ziffern der Arbeitslosen etwas zurückgegangen sind. Uns will indes scheinen, als ob man dieser allgemeinen Propaganda gegenüber sehr mißtraulich sein müßte. Die „Wirtschaftserregung“ hat recht, wenn sie diese Belebung in Verbindung mit dem Kampf der englischen Bergarbeiter bringt. Die Belebung der rheinischen Montanindustrie und der glänzende Absatz von Rühröfen nach den Absatzmärkten, die sonst englische Kohle konsumierten, dürfte im wesentlichen damit zusammenhängen. Der englische Markt selbst soll jedoch von Polen aus mit Kohlen bedrängt werden. Die Kohlenzufuhr wurde vom Seemannsverband aus nicht gesperrt. Wie wir dem Organ des Verkehrsverbundes entnehmen, wird die russische Regierung beschuldigt, als Ersatz für englische Kohle riesige Mengen Öl nach Rußland zu liefern. Die Organe der SPD. schweigen sich über diese Beschuldigung aus, und die Arbeiter lehnen es ab, die Zufuhr durch Arbeitseinstellung zu hindern.

Nun berichtet auch die Tagespresse, daß Maßnahmen im Gange sind, die in kurzer Zeit einen weiteren erheblichen Rückgang der Arbeitslosenziffern zur Folge haben sollen. Man rechnet, daß schon der 1. August als Stichtag eine Verminderung der Erwerbslosen um 50 000 bringen wird.

In diesem Zusammenhange wird auch von der Auswirkung der Kreditkredit berichtet, die bereits in diesem Frühjahr beschloßen wurden, um der Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Im Nummer 364 des „Berliner Tageblatts“ vom 4. August wurde auch Rußland als Deutschlands aussichtsreichster Kunde als Bezugsnehmer von Automobilen gezeichnet. Nach einer Statistik über die Weltversorgung mit Automobilen hatte Deutschland in den Jahren 1924/25 allerdings an der Ausfuhr nach anderen Ländern den geringsten Anteil. Es war fast gänzlich auf den Inlandsmarkt beschränkt, wie folgende Aufstellung zeigt:

Land	1924		1925	
	Ausfuhr (in Stück)	Prozent (in Stück)	Ausfuhr (in Stück)	Prozent (in Stück)
Ver. Staaten	178 722	8 505 624	61	802 924
Canada	56 055	2 822 240	69,5	74 151
England	15 642	783 811	11,7	28 083
Frankreich	49 127	2 455 000	29,5	61 471
Italien	18 983	955 000	10,0	28 041
Deutschland	2 910	148 000	0,3	1 787

Im ersten Halbjahr 1926 befreit sich die Einfuhr ausländischer Automobile nach Deutschland auf 20,7 Millionen Mark und ist um 8 1/2 Millionen Mark höher als die Ausfuhr Deutschlands. Der Reichsverband deutscher Automobilfabriken hat kürzlich berichtet, daß die Umstellung der deutschen Fabrikation auf amerikanische Methoden bereits den Erfolg gezeitigt hätte, daß die deutschen Erzeugnisse anfangen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Der Hauptabnehmer für deutsche Fabrikate ist Rußland. In den ersten vier Monaten des Jahres 1926 wurden 40 Proz. aller Lastkraftwagen geliefert, und auch für Personenvagen stand es an zweiter Stelle. Ueber den Bedarf Rußlands an Automobilen wird folgendes berichtet:

Im Rahmen ihrer Verkehrspolitik hat die russische Regierung seit einiger Zeit ein besonderes Augenmerk auf die Versorgung mit Automobilen gerichtet. Rußland ge-

hört heute zu den automobilmächtigsten Ländern der Welt. Sein Gesamtbestand erreicht nicht den der Stadt Berlin. Der größte Teil der Automobile, die auch heute noch im Betrieb sind, stammt aus der Zeit vor 1917. Es sind veraltete Modelle, schlecht durchgepariert, da die Originalersatzteile jahrelang nicht zu beschaffen waren. Eine Fabrik besteht zurzeit nicht, auch ist vorläufig noch keine Konzession erteilt worden. Rußland ist also vollkommen auf den Import angewiesen. Es ist selbstverständlich, daß in einem Lande mit so großen Entfernungen und verhältnismäßig wenigen Eisenbahnlinien ein ungeheurer Automobilbedarf vorhanden ist.

Das Volkswirtschaftsamt für Verkehrswesen hat nunmehr ein Programm aufgestellt, das die Grundlinien für die Politik der nächsten Jahre festlegt. Für den Bestand werden für die nächsten fünf Jahre folgende Angaben gemacht:

Jahr	Personenwagen	Wagen	Spezialwagen	Motorräder	Zugkraft
1926/30	2 300	2 100	1 000	2 835	8 785
1927/7	5 250	7 500	2 450	5 691	20 991
1927/8	9 100	13 800	4 450	10 228	36 828
1928/9	15 700	20 700	6 100	15 316	56 816
1929/30	18 900	29 400	10 000	21 578	80 128

Diese Bedarfsziffern entsprechen natürlich nicht den Umsatzziffern der amerikanischen Produktion, für die deutsche Industrie würden sie jedoch von erheblicher Bedeutung sein.

Für russische Aufträge ist jedoch die Frage der Zahlungsfähigkeit und des zu gewährenden Kredits von schwerwiegender Bedeutung. Die deutsche Industrie hat nun eine Kreditgesellschaft gegründet, die für die russischen Absatzmärkte die erforderlichen Garantien schaffen soll.

Das alles klingt ja sehr aussichtsreich, wie auch berichtet wird, daß deutsche Wagen wegen ihrer Qualität und Dauerhaftigkeit, trotz etwas höherer Preise, als die Konkurrenz sie fordert, bevorzugt würden.

Das alles ist jedoch, bei klarem Verstand, nur mehr Zukunftshoffnungen, von welchen man nicht genau weiß, ob sie in Erfüllung gehen werden. Rußland scheint selber überhaupt das Land der Hoffnung für allzu viele Restaktanten zu bilden, trotz seiner relativ geringen Kaufkraft. Viel mehr Hoffnung setzen wir auf die Wiederbelebung unseres heimischen Marktes. Es verfaulen ja, daß große Mittel bewilligt sind, um endlich mit dem Bau von Wohnungen in größerem Umfange zu beginnen. Ferner sind Tallperrenbauten und Kanalbauten angefangen. Hoffentlich steht hinter diesen Projekten auch der Wille zur Tat, und man hat es nicht bloß mit Versprechungen und Beschäftigungsmitteln zu tun, um die öffentliche Meinung zu beruhigen.

Im „Vorwärts“ vom 13. August Nr. 378 nahm zu den brennenden Fragen der ehemalige Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt Stellung. Er bezeichnete es als trügerisch, wenn man noch in diesem Jahre die Wirtschaftskrisis langsam zu überwinden hoffe. Mit großer Sorge blicke man überall, wo mit kritischem Blick Ausschau gehalten wird, dem kommenden Winter entgegen, der wahrscheinlich eine Verschärfung der Krise bringen werde. Er verbreitete sich dann über die Lage in der Großindustrie, ihre Einstellung zu den Zeitproblemen und ihre Konzentrationsbestrebungen. Sie sei sogar führend bemüht, die kapitalistische Herrschaftsausdehnung und eine Ausgleichung der Gegensätze auf dem internationalen Markte herbeizuführen.

Schmidt sagt dann weiter, daß die Industriellen glauben, ihre Ziele durch niedrige Löhne und längere Arbeitszeit erreichen zu können. Das würde die Zahl der Arbeitslosen selbstverständlich nur noch mehr erhöhen und auch zugleich die Kaufkraft und die Konsumfähigkeit des Volkes herabdrücken. Er meint dann, daß wir gegenwärtig 2 Millionen Arbeitslose und 1 1/2 Millionen Kurzarbeiter haben und daß mit deren Angehörigen 10 Millionen Menschen in ihren Bedürfnissen auf das allergrößte beschränkt sind. Von anderer Seite wird diese Zahl viel höher geschätzt, weil ganz bestimmt diese Schichten unseres Volkes durch Erwerbslosigkeit leiden, die nicht stattdessen ersetzt werden können. Diese werden insgesamt auf 5 bis 10 Millionen beziffert, so daß die Gesamtzahl derjenigen, die unter den Wirtschaftskrisen zu leiden haben, auf 15 bis 18 Millionen zu berechnen sind.

Die Lage ist also noch viel tröstlicher, als sie von Robert Schmidt betrachtet wird. Wir können das ganz besonders an unseren eigenen Berufsgenossen werten, wo nach den letzten Ermittlungen Ende Juli 33,5 Proz. arbeitslos und etwa 30,5 Proz. Kurzarbeiter waren. Wenn es auch nicht in allen Berufen gleich schlimm aussieht, so sind die Zustände trotzdem tröstlich genug.

Welchen Ausweg findet nun Robert Schmidt aus diesen Zuständen? Die Kurzsichtigkeit der deutschen Unternehmer verhindert es von vornherein, sich auf amerikanische Methoden in der Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiter einzulassen. Es wird versucht, durch Herabminderung aller Löhne in der Produktion alle Konkurrenzrenten auf dem Weltmarkt auszugleichen. Trotz vieler

Einigkeit kommt Robert Schmidt schließlich darauf, daß es notwendig sei, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich zu fordern, dann würden die jetzt Erwerbslosen Beschäftigung finden können. Er rechnet auch vor, welche finanzielle Belastung der deutschen Wirtschaft daraus erwachsen würde, nämlich 4,050 Milliarden, bei welcher Summe der Betrag für Kostenträger und Erwerbslose einbezogen resp. dieser zugute käme.

Dieser Vorschlag ist in Anbetracht der ganzen Situation, in welcher sich die Gewerkschaften derzeit befinden, uns nicht recht verständlich. Robert Schmidt scheint die Tragweite eines Kampfes, der um den Siebenstundentag in der gegenwärtigen Zeit geführt werden müßte, gar nicht berechnet zu haben. Wir wollen uns darüber in keine Polemik einlassen, denn es hat keinen Sinn, über Probleme zu streiten, die nur in Betracht gezogen werden können, wenn die Voraussetzungen zu ihrer möglichen Lösung gegeben sind.

Das sind in erster Linie eine gewisse Reihe der Anschauungen in den Kreisen der Wohltoiletoren — Unternehmer und Arbeiter, bürgerliche Machtverhältnisse, Kampfmotiv und Entschlossenheit, sich für das gesteckte Ziel einzusetzen.

Hier zeigt sich wieder, was schon so oft an dieser Stelle gesagt worden ist: Die Wirtschaft muß umgestaltet werden, und wir müssen mit aller Kraft danach streben, dieses Ziel sobald als nur möglich zu erreichen.

Die „Rote Fahne“ ist natürlich ganz entzückt von der Einigkeit Robert Schmidts, daß die Arbeitszeit unter 8 Stunden geführt werden muß, doch seine Berechnung der Kosten, die eine solche indirekte Lohnherabsetzung dem Unternehmern resp. der Wirtschaft verursacht, wird als arbeitgemeinschaftliches Scheinargument bezeichnet.

In diesem Zusammenhang wird von der „Roten Fahne“ angenommen, der Artikel sei vom I.D.G. veranlaßt worden, werde aber nur als demagogisches Kunststück aufgeführt, um die aufsehenden Massen noch einmal zurückzuführen.

Mit prächtiger Frechheit wird von der „Roten Fahne“ behauptet, die Kommunisten würden stets führend in diesem Kampfe sein. Es läßt sich mit Worten bekanntlich trefflich streiten, auch Systeme lassen sich leicht befechten, doch die Taten lassen meist auf sich warten. Die Regierungen und Gemeindevorstellungen scheinen endlich mit der Durchführung von Arbeitsbeschäftigungsmahnahmen in einigem Umfange Ernst machen zu wollen.

Trotz alledem wird das Gros der Arbeitlosen noch lange genug darben müssen, denn auf eine baldige Hebung der mühsamen Wirtschaftszustände ist noch alles, was bis jetzt darüber bekannt ist, nicht zu denken. Es wäre indes gänzlich verfehlt, wollten wir deshalb müde verzagen. Unsere Parole muß trotz alledem lauten: durch und durch!

Von den christlichen Gewerkschaften.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften geben sich alle Mühe, um nachzuweisen, daß die christlichen Gewerkschaften notwendig sind. Die Tatsache, daß die Unternehmer in ihren wirtschaftlichen Organisationen keine Unterschiede, weder konfessioneller noch sonstiger Art machen, sollte doch allein schon hinreichen, um zu beweisen, daß die Argumente der christlichen Führer unzutreffend sind. Die Arbeiterorganisationen wurden mit voller Kraft gespalten und gegeneinander gehetzt, damit sie den Unternehmern gegenüber nicht gar zu mächtig werden sollten.

Die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen.

Seit 1924 ist, wie alle anderen Zweige der Gewerkschaftsbewegung, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aufs neue verstärkt. Vornehmlich sind es drei zentrale Anstalten, die unter Anteilnahme des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als Einrichtungen für die Schulung des Führer Nachwuchses in Frage kommen.

Von diesen Anstalten steht — wenigstens gefinnungsmäßig — dem I.D.G. die Heimvolkshochschule in Litzum an. Sie ist ihrem Wesen nach eine sozialistische Volkshochschule, in der von jeder das Studium der Volkswirtschaft und Geschichte neben anderen Fächern eine wichtige Rolle gespielt hat. Seitdem der I.D.G. bzw. die ihm angeschlossenen Zentratorien Schüler dorthin entsenden, hat man auch für den Gewerkschaftler unmittelbar wichtige Führer in den Lehrplan aufgenommen.

Die Staatliche Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf und die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. sind halbstaatliche Bildungseinrichtungen. Ihre Räume und ihr gelernter Schulapparat sowie die Lehrkräfte werden vom Staate zur Verfügung gestellt. Die Auswahl der Schüler und die Sorge um Lebensunterhalt und Unterbringung der Hörer übernehmen die Gewerkschaften. Als halbstaatliche Anstalten müssen beide Schulen natürlich auch Gewerkschaftler anderer Richtungen aufnehmen, so daß sie als überparteiliche Bildungseinrichtungen anzusprechen sind.

Eine eigene bedeutende Bildungsinstitution besitzt der Deutsche Metallarbeiterverband in seiner Wirtschaftsschule in Dürrenberg bei Leipzig. Diese Schule ist, eben weil sie allein dem Deutschen Metallarbeiterverband gehört, nicht gezwungen, den gebräuchlicheren oder lastigeren Lehrplänen in den Richtungen der Gewerkschaftsbewegung nachzugehen zu tragen. Sie ist eine der wenigen ausschließlich leitgewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen.

Außerdem veranstalten noch einige andere Zentratorien, so die der Fabrikarbeiter, der Gemeindevorstand und der Legalarbeiter regelmäßige Wanderunterrichtskurse für ihre Funktionäre. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel auch von anderen Organisationen befolgt würde.

Von christlichen gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen läßt sich leider nicht sehr viel berichten. Wenn überhaupt Vorträge und Kurse der Gewerkschaften in einzelnen Orten veranstaltet werden, so geschieht dies meistens selber in Verbindung mit den Volkshochschulen, die sich hier und da

Diese Tatsache wird von den Christen zwar stets bestritten, es ist aber dennoch so. In Österreich ist es genau so, dort gibt es ein Gesamt- oder Zentralepiskopat des Klerus der katholischen Kirche. Dieses hat kürzlich erst in einer Kundgebung verkündet:

„Da die christlichen Gewerkschaften als wirksamstes Gegenmittel gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gelten müssen, verdienen sie die tatkräftige Förderung des Klerus. Sie müssen immer gefördert werden, da man den Arbeiterstand vor dem verderblichen Einfluß der sozialistischen Irrtümer zu bewahren habe.“

In Deutschland ist es bekanntlich ebenso, auch hier ist die Kirche, resp. ihre Diener sind bemüht, die christlichen Gewerkschaften mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, zu unterstützen und zu fördern.

Man sollte nun meinen, das wenigstens Einheitsrecht herrscht hinsichtlich der konfessionellen Unterschiede. Das ist aber keineswegs der Fall, im Gegenteil, katholische und evangelische Richtungen bekämpfen sich gegenseitig mit aller Schärfe und zerplittern wiederum die Einheit im christlichen Lager. Und unter den evangelischen Gewerkschaften gibt es ebenfalls verschiedene Richtungen. So berichtet das Zentraltblatt der christlichen Gewerkschaften in Nr. 16 vom 9. August 1926, daß die evangelischen Arbeitervereine nichts mit den sogenannten evangelischen Gewerkschaften zu tun hätten, diese seien gänzlich bedeutungslos und absolut tarifunfähig, hätten auch kein klares gewerkschaftliches Ziel. Den katholischen Führern wurde vorgeworfen, sie hätten die christlichen Gewerkschaften benutzt, um ihre persönlichen politischen Ziele zu erreichen und in hohe Stellungen zu gelangen, während die evangelische Richtung dabei das Nachsehen hätte.

Man erseht aus diesem Streit, wie wenig stiftlicher Wert in den Lagern der christlichen Führer eigentlich vorhanden ist. Es ist daraus zu erkennen, daß man aus dem öffentlichen Bekenntnis zu dieser oder jener Religion noch lange nicht den Schluß ziehen darf, daß man es immer mit selbstlosen Menschen zu tun hat, die besser sind als andere Menschen, die sich nicht sozial auf ihr Christentum berufen. Uns haben immer nur Taten und Handlungen der Menschen von dem überzeugen können, was einer ist und was an ihm ist, nicht aber seine Redensarten von Christen und Christentum.

Wir wollen freilich, daß noch breite Massen der Völker in den Ländern schwächen, die fanatische religiöse Erziehung geschmiedet haben und fortgesetzt erneuert. Wir wollen auch, mit welchen Mitteln man diese Fesseln zu erschaffen bestrebt ist. Wir unterschätzen auch nicht die Machtmittel derjenigen, die unsere Volksgenossen in diese Fesseln zwingen, und gerade deshalb betrachten wir die christlichen Gewerkschaften sojuzig als ein Uebel, das immerhin nicht ganz nutzlos sein mag in Anbetracht dieser Zustände.

Die Erfahrung hat nämlich gelehrt, daß die christlichen Gewerkschaften sich bei den Unternehmern fast ebenso verhalten gemacht haben wie wir anderen auch. Sie müssen, abgesehen von gelegentlichen Hausreicherdiensten, die sie den Unternehmern geleistet, den Kampf um bessere Existenzbedingungen für ihre Mitglieder ebenso führen, ob sie wollen oder nicht. Obwohl sie es leugnen, den Klassenkampf zu führen, ist doch ihre ganze Politik auch nichts anderes als Klassenkampf. Der christliche Arbeiter wird vom Unternehmer ebenso rücksichtslos ausgebeutet wie jeder andere auch. Da es ist sogar häufig dagewesen, daß gerade aufrecht christlich Gesinnte ob ihrer Bescheidenheit,

die man im praktischen Leben nicht anders als Dummkopf bezeichnet, am ärgsten mißbraucht wurden.

Diese Ungerechtigkeit blüht auch den Dummköpfen mit der Zeit das Verständnis ein, daß er in einem Klassenstaate lebt. Er muß zum Klassenkämpfer werden, wenn er nicht an unheilbarer Idiotie leidet. Wären die christlichen Gewerkschaftsführer zehnmal und hundertmal leugnen, daß sie den Klassenkampf führen und schüren, ihre ganze Tätigkeit ist doch Klassenkampf.

Das dem so ist, wird auch an anderer Stelle des genannten Zentraltblattes ausgeführt. Dort heißt es auf Seite 231: Die Gewerkschaften müssen um des greifbaren Erfolges willen sich bei ihren Maßnahmen den jeweiligen Verhältnissen anpassen. Um das große Ziel der Gewerkschaften zu erreichen, müssen sie indes auch Zukunftsarbeit leisten, d. h. Gewerkschaftspolitik auf weite Sicht betreiben.

Und dann wird gesagt, welcher Art diese Arbeit in Zukunft sein muß.

Wenn man nur an die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterkraft im Wirtschaftsleben und im Produktionsprozeß erinnert, dann sieht man, wie weit wir heute trotz Betriebsrätegesetz und anderer gesetzlicher Bestimmungen vom Ziel entfernt sind. Es folgt dann eine Schilderung wie die Unternehmer die Rot der Arbeiter heute ausnützen, gesetzliche Bestimmungen umgehen, die Löhne abbauen, und wie sich die Arbeiter bücken. Dann folgt die Mahnung, die Stolzkrone der Gewerkschaften dadurch zu erhöhen, daß das Hauptaugenmerk auf den Ausbau des Kampffonds gelegt wird, um eine größere Durchschlagskraft der christlichen Gewerkschaften zu schaffen.

Das dürfte wohl hinreichend beweisen, daß die christlichen Gewerkschaften über kurz oder lang gezwungen sind, mit den freien Gewerkschaften zusammen zu schließen an der Spitze der Kampf zu führen um die ausgelegten Ziele, denn bei Nichterfüllung, kommt doch auf besterlei hinaus, solange wir in dieser privatkapitalistischen Gesellschaft um unsere Existenzbedingungen kämpfen müssen. Die christliche Ideologie wird sich das auch noch sagen müssen.

Aus unseren Berufskreisen.

Meisterföhne als Lohnrücker und Streikbrecher. Der Bayerische Landesverband selbständiger Sattler und Tapezierer hielt am 11. Juli in Lindau am Bodensee seine vierzehnte Jahresversammlung ab. In einem Referat „Die Innungen als Kampforganismen“ sprach Herr Niederle-Augsburg allerlei Krauses, wie ein erhöhter Verdienst erzielt werden könne. Die Innung müßte als unmittelbares Kampfmittel selbstbewußt mit den Epigonenbänden um die Ehre des Handwerks dienen. Am Schluß hieser nahm die Versammlung einen Antrag an: „Sowie Lohnforderungen von Seiten der Gewerkschaft an eine Innung erfolgen, hat diese dem Landesverband innerhalb 24 Stunden hieron Mitteilung zu machen. Derfelbe hat unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um die drohenden Innung bezuscheln.“ Die Namen der Meisterföhne sind dem Landesverband bekanntzugeben; derselbe hat über diese ein Verzeichnis anzulegen, aus welchem Alter und Leistung hervorgehen. Die Meisterföhne haben der drohenden Innung unter allen Umständen beizustehen. Sämtliche Innungen Bayerns, welche dem Bayerischen Landesverband angeschlossen sind, haben dem Landesverband unverzüglich die vollständigen Tarifverträge einzu-

in größeren Städten befinden. Eigene freigewerkschaftliche Bildungseinrichtungen christlichen Charakters sind zurzeit noch sehr dünn gesät.

Eine einzige Ausnahme davon macht Berlin, das für die rund 400 000 Mitglieder zählenden christlichen Berliner Verwaltungen seit dem Jahre 1921 eine besondere Schule unterhält. Diese Berliner Gewerkschaftsschule wird natürlich nicht, wie die zentralen Anstalten, in Form eines Internats, sondern in Form von Abend-Unterrichtskursen durchgeführt. Obwohl diese Form der Arbeiterbildung im allgemeinen einen externen Charakter trägt, hat man interessanterweise in Berlin versucht, den im allgemeinen loseren und nicht tief greifenden Abendunterricht gründlich zu intensivieren. Das ist einmal dadurch erreicht worden, daß man von vornherein den Lehrplan auf solche Unterrichtsgegenstände begrenzte, die für den praktisch tätigen Gewerkschaftler unbedingt notwendig sind: Volkswirtschaft, Privatwirtschaft und Betriebslehre, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Sozialpolitik. Daneben findet auch die Kulturpolitik, als Grenzgebiet, eine gewisse Berücksichtigung. Die eigentliche Maßnahme aber, die den Unterricht wirklich zu einem gründlichen und tiefgreifenden ausgestaltete, bestand darin, daß man von dem bisher an Abendkursen geübten Prinzip der Zerlegung der Unterrichtsgegenstände in einzelne Teilkurse abging und den Lehrplan nach drei aufeinanderfolgenden Stufen aufbaute.

Die Unterstufe umfaßt allerdings nur kurze Einführungskurse soziologischen Charakters, die dem Schüler Arbeit beibringen sollen über die Stellung des Arbeiters zu einer gesellschaftlichen Umwelt. In ihren pädagogischen Absichten gleichen sie darauf hin, die meistens jahrelang mehr oder weniger geistig untätig gemessenen, jeder gründlichen systematischen geistigen Beschäftigung entzogenen jüngeren und älteren Arbeiter auf die systematische Vernarbung der beiden folgenden Stufen vorzubereiten. Erst nach Abschließung dieser Unterstufe beginnen die eigentlichen Kurse, die zusammengefaßt als Anfänger- oder Fortgeschrittenen-Arbeitsgruppen, jeweils vom Oktober bis zum nächsten folgenden Jahre laufen. Jeder Lehrgang dauert also zwei Jahre, in deren Verlauf im ganzen 70 bis 80 Unterrichtsgegenstände erteilt werden. Nach Ablauf dieser Kurse können die beschäftigten Schüler in die Seminare hineingehen, um dort noch einmal zwei bis unter Umständen vier Jahre das erarbeitete Wissen gründlich zu unterbauen und abzurufen.

Damit ist ein systematischer Aufbau geschaffen worden, der jedem wirklich ernsthaft studierenden Arbeiter die Möglichkeit gibt, sich auf dem erwähnten Gebiete eine gründliche Durchbildung anzuschaffen und der Gefahr der Halb-

bildung zu entgehen. Selbstverständlich bedeutet die umfangreiche und sehr eingehende Arbeit, die von den Schülern erfordere wird, eine starke Anspannung aller geistigen Kräfte. Dadurch nicht alle Hörer, die einen solchen Lehrgang beginnen, bleiben ihrem Vorhaben treu. Eine erhebliche Anzahl springt, oftmals aus äußeren zwingenden Gründen, im Laufe der zwei Jahre ab, ohne den Studiengang zu vollenden. Das ist an sich kein Schaden, weil dadurch zugleich eine automatische Auslese der wirklich befähigten Kräfte herbeigeführt wird. Von den Hörern, die die Seminare aufgebracht haben, mehrere Jahre hindurch an ihrer geistigen Ausbildung im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen systematisch zu arbeiten, kann mit Zug und Reich erwartet werden, daß sie nicht nur ihrer Organisation treu bleiben, sondern darüber hinaus die Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung als Lebensaufgabe erwählen.

Eine Institution wie die Berliner Gewerkschaftsschule muß aber auch auf die große Zahl derer Rücksicht nehmen, die durch ihre Berufsarbeit oder aus anderen Gründen nicht insstande sind, jahrelang an einer solchen Arbeit teilzunehmen. Sie regt deshalb die einzelnen christlichen Betriebsfunktionäre dieser Organisationen, hauptsächlich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens und der Gewerkschaftspolitik, veranlaßt werden, und die immer nur eine bunte Reihe von Abenden (vier bis zehn) umfassen. Außerdem werden auch gewisse wirtschaftspolitische, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Einzelfragen in den zentralen Sonderkursen der Gewerkschaftsschule erörtert. Für die Ausbildung der Betriebsräte kamen bisher hauptsächlich die Sonderkurse der einzelnen Verbände in Frage. Ob herab dieses Jahres wird jedoch außerdem noch ein wöchentliches Informationsabend für Betriebsräte im Rahmen der Schule abgehalten werden.

Es ist klar, daß eine so ausgebaut, ständige Schule nur von ganz großen Ortsausstellungen, wie z. B. Berlin, unterhalten werden kann. Kleine Ortsausstellungen beschränken sich auf gelegentliche Einzelvorträge und Vortragsreisen, die Bezirkssekretariate und vom Bundesvorstand durch solche Beispielen gewährt worden sind.

Die Berliner Gewerkschaftsschule teilt uns mit, daß der neue Lehrgang in den Tagen vom 11. bis 15. Oktober dieses Jahres beginnt, und die Unterrichtsgegenstände im Lehrplan in ihren Vierteljahreszeiten Ende August veröffentlicht werden. Allen Interessenten wird anheimgegeben, sich den Lehrplan des kommenden Unterrichtsjahres der Schule einzufordern.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Bedeutung des Achtfundentages für die Arbeiterinnen.

Von Gertrud Hanna, Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsverbandes Arbeiterinnenkomitees.

Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich ist für die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen von noch größerer Bedeutung als für die Männer. Die Arbeit nicht einmal in dem Umfange der Ruhe oder selbstgewählter Erholungsarbeit, z. B. Spiel, Sport, Spaziergängen, Lesüre usw., hingehen, wie es die Männer können. Auf die Frauen wartet in der Regel zu Hause eine Menge Arbeit, die oftmals nicht weniger anstrengend ist als die Erwerbsarbeit in den Betrieben.

Die verheirateten Frauen müssen oft genug neben ihrer Erwerbsarbeit die gesamte Hausarbeit verrichten, einschließlich der Arbeiten, die das Befolgen der Lebensmittel und das Herrichten der Mahlzeiten für die Familie erfordert. Bei dem wohl ausnahmslos in allen Ländern festzustellenden Reallohn, insbesondere für Frauenarbeit, ist die Zahl der Fälle, wo Frauen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sich Hilfe für die Hausarbeiten nehmen können, gegen früher erheblich geringer geworden. Aber auch die unverheirateten Frauen arbeiten im Hause häufig mehr als Männer. Sie nähen, waschen, bügeln ihre Kleider und Wäsche recht oft selber, weil ihr relativ niedriger Lohn nicht ausreicht für die Befreiung des Lebensunterhalts und der Beschaffung des Bedarfs an Kulturartikeln wie Bücher, Unterhaltung, Vergnügungen, an die wir nicht verzichten können, wenn die Arbeitszeit freudig erhalten werden soll. Die Anforderungen dieser Doppelbelastung an Körper und Nervenkraft der weiblichen Arbeitnehmer muß aber dazu führen, die Arbeitskraft zu zerstören, wenn nicht die Arbeitszeit vom Tage sparsam übrig läßt, um Körper und Geist ausruhen zu lassen und zu pflegen.

Als jetzt hat die Doppelbelastung der weiblichen Arbeitnehmer insbesondere zu wenig Zeit übrig gelassen, um den Geist zu pflegen und ihn zu entspannen, daß auch die Frauen in ihrer Mehrzahl erkennen können, daß sie ein Recht haben auf Leben und Wohlergehen. Aber auch die Körperpflege muß bei der knappen Zeit, die der Arbeiterin den Frauen übrig läßt, mehr vernachlässigt werden, als der Gesundheit der Frauen zuträglich ist, die werden, als der Trägerinnen der kommenden Generation ist.

Deshalb müssen gerade die Frauen nach einer Regelung der Arbeitszeit streben, die als gesund bezeichnet werden kann.

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf, das ist die Parole der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen, die wir durch die Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Änderungen der gesetzlichen Wochenhilfe.

Am 30. Juni d. J. ist vom Reichstag ein zweites Gesetz über Änderung der Krankenversicherung in dritter Lesung angenommen worden, das in der Hauptsache die Wochenhilfe der Krankenkassen betrifft. Die Voraussetzungen zum Bezuge der Wochenhilfe sind gleich geblieben, also insbesondere die vorgeschriebene Wartezeit von zehn Monaten innerhalb zweier Jahre. Geändert sind dagegen verschiedene Leistungen im Sinne einer Besserstellung der Wöchnerinnen. Bisher galten als Mindestleistungen für alle Wöchnerinnen, die von einer Krankenkasse Wochenhilfe erhielten, folgende Sätze:

Entbindungskostenbeitrag	25,-	Mt.
Wochenlohn für 71 Tage je 0,50 Mt.	35,50	"
Stützgeld für 85 Tage je 0,25 Mt.	21,25	"
Summa	81,75	Mt.

Dazu kam noch als Sachleistung ärztliche Behandlung, sofern sie bei der Entbindung erforderlich wurde. Nach dem neuen Gesetz erhalten die Wöchnerinnen folgende Mindestleistungen:

Entbindungskostenbeitrag	10,-	Mt.
Wochenlohn 85 Tage je 0,50 Mt.	42,50	"
Stützgeld 85 Tage je 0,25 Mt.	21,25	"
Summa	73,75	Mt.

Dazu kommt freie Hebammenhilfe, freie Arznei und kleinere Heilmittel und auch freie ärztliche Behandlung. Die Geldbeiträge wurden entsprechend dieser Erweiterung der Sachleistungen herabgesetzt. Die Neuregelung bedeutet also praktisch, daß die Wöchnerinnen irgendwelche Beiträge für Hebammen, Arzt oder Arznei nicht auszuwenden brauchen. Hervorzuheben ist noch, daß im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, daß die Hebammen nicht berechtigt sind, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerinnen zu stellen. Die Hebammen werden direkt von den Krankenkassen bezahlt. Ermahnenswert ist weiter, daß das Wochenlohn schon sechs Wochen vor der Entbindung gezahlt wird, wenn der Arzt attestiert, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Die Schwangeren, die in diesem Zeitraum Wochenlohn erhalten, dürfen selbstverständlich nicht arbeiten, sonst werden ihnen die Bezüge entzogen. Diese eben gekennzeichneten Änderungen treten in Kraft mit dem 1. Oktober d. J.

Kind und Wert.

Das Kind muß spielen. Es kann nicht leben ohne Spiel. Alles, was es um sich sieht, lacht es zu greifen und anzusehen in den Kreis seines Spiels. Nichts ist vor seinem Spiele sicher, und mit einer Phantasie, wie sie nur ein Kind haben kann, weiß es jeden Gegenstand seiner Umgebung für seine Spielzwecke umzugestalten. „Kinder wissen“, so sagte schon der alte Goethe, „beim Spiele aus allem alles zu machen: ein Stab wird zur Pike, ein

Stückchen Holz zum Degen, jedes Bündelchen zur Puppe und jeder Winkel zur Hütte“, und „je mehr ein Spiel die Phantasie anregt und an diese Anforderungen stellt“, so schreibt hierüber der Pädagoge Scharrermann, „desto öfter und lieber und mit desto größerer Ingebung wird es gespielt.“

Damit gehört zum Spiel des Kindes die innere Verbundenheit der Kindesseele mit seinem Spiele. Das Spiel ist nichts Außerirdisches, Nebenständliches, Unpersönliches. Das Spiel ist das Kind selber. Das Spiel ist die lebendige Verwirklichung seines innerlichen persönlichen Wesens.

Damit aber ist dem Kinde das Spiel Wert. Es ist ihm Arbeit. Das weiß heute jeder Pädagoge. Das Spiel ist der Ausdruck des jedem Menschen angeborenen selbsttätigen Schaffensdranges, und wenn wir das Kind bei solcher Betätigung betrachten, wenn wir es oft liebend sehen bei seinem Tun, dann wird uns klar, daß dieser dem Menschen angeborene Schaffensdrang von der Natur zu Freiheit und Freude bestimmt ist.

Schaffen soll Bedürfnis sein, innerliche menschliche Notwendigkeit. Es soll die Befreiung sein unserer Seele. Die Verwirklichung unseres künstlerischen Schaffensdranges. Denn jeder Mensch hat etwas in sich vom schaffenden Künstler, wie jedes Kind ein großer Künstler im kleinen ist.

Doch wie erbärmlich ist die Weltlichkeit! Wie ist der Mensch da in seiner Arbeit Maschine! Wie ist er nur Mittel zum Zweck, Mittel zum rohen Verdienste der anderen! Wie ist das ganze Schaffen damit so arm an innerem Wert! Ja, wie ist das Schaffen selbst des noch persönlich schaffenden Menschen so arm an Ethos, an jenem heiligen innerlichen menschlichen Gesühle, ohne das das Schaffen niemals ein Ausfluß der menschlichen Seele ist!

Wie schön soll das Leben der Arbeit sein! Wie reich und gehaltvoll! Wie beglückend in der Befriedigung unseres innerlichen, natürlichen Schaffensdranges! Dein Kind zeigt es dir. Betrachte die leuchtenden Augen deines Kindes bei seinem Schaffen, und schmerzen wird es deine Seele, wie arm, wie unendlich arm du doch in deinem Schaffen bist!

„Wachsen die Kinder in der Art fort, wie sie sich anheuten, so hätten wir lauter Genies“, sagt Goethe einmal. Und warum sieht sich der Mensch nicht so fort? Weil er in seinem innerlichen Kerne, in seinem eigentlichen Ich und tiefsten Wesen verzerrt wird, in seiner Arbeit. Welt die Arbeit des wirklichen Lebens draußen ganz anderer Art ist, als sie dem ursprünglichen echten und großen Wesen des Menschen entspricht.

„So ihr nicht werdet wie eins von diesen! — Niemand könnt ihr so werden, wenn die Arbeit eure Seele entzieht, wenn sie ein äußerliches Stück in euren Leben ist.“

Macht die Arbeit zu einer Verbundenheit mit dem Menschen! Macht sie zu einer stilligen Tat! Macht sie zu einem Ausfluß der Freiheit! Und Menschheit wird Kind sein, rein, schlicht, treu, innerlich, liebend, genial.

von dem einem einer Nachprüfung unterzogen zu werden.“

Zur Begründung dieses klärenden Beschlusses, der die gesamte Sogigkeit dieser Kleintrauer atmet, wurde angeordnet, die Arbeitnehmer hätten in Schwaben drei Wochen Urlaub durchgedrückt. Als wenn die Arbeitnehmer einen Urlaub nicht notwendig gebrauchen als mancher Kranker, der alle Tage stundenlang beim Frühgöppchen auf die Arbeiter schimpft.

Am übrigen wurde auch bekannt, daß der Landesverband auch Briefe festlegt hat und diese den Mitgliedern bekanntmacht. Der Reichstag hat aber betont, diese Briefe seien nur Richtlinien. Dann verlangte die Bundesversammlung, daß dem bayerischen Gewerkschaftsverband eine Inanspruchnahme und Altersversicherung an die freiwillige Krankenversicherung angegliedert wird. Der Staat soll hierzu den Erhaltungsfonds in Höhe von 10 Millionen Mark unverzüglich vorstücken.

Der Bayerische Landesverband für das Sattler- und Tapezierergewerbe macht viel Gekläre, es ist aber nicht so viel dahinter. Er rechnet, daß im Etatsjahr 1930 Mitgliederbeiträge 4 Mt. eingehen = 4800 Mt. Dafür sind folgende Ausgaben vorgeschrieben:

Berufung und Entschädigungen	1600	Mt.
Büro, Druckerei, Bureaukosten	400	"
Verbandsbeiträge	1300	"
Agitation, Delegationen	1500	"
Summe	4800	Mt.

Daraus ergibt man schon, was hinter diesem schwindigen Wesen in Wirklichkeit steht.

Herr S. Feder, der langjährige Schriftleiter der Allgemeinen Tapezierer-Zeitung, ist am 7. Juli gestorben. Der Bund deutscher Tapezierer sucht nun an Stelle Feders einen Schriftleiter, der auch zugleich die Geschäftsführung des Bundes übernehmen muß. Die Stelle wird in Nr. 15 des Bundes übernehmend, Berlin, Kanfstr. 15, werben und nimmt Herr Spindler, Berlin, Kanfstr. 15, entgegen.

In Nr. 16 genannter Zeitung nimmt Herr Paul Weisheit Berlin Vermittlung, die mit dem Amt verbundenen schwierigen Aufgaben näher zu schildern. Diese sind schon

darum nicht ganz leicht, weil auch hierzu die finanziellen Mittel nur knapp vorhanden sind.

Die Wahl des neuen Mannes soll auf dem Bundestag vor sich gehen, der am 14. August in Köln a. Rh. seinen Anfang nimmt.

Auf dieser Tagung wird Herr Spindler über Berufswahl und Lehrlingsfragen und Herr Th. Müller über Schwarzarbeit sprechen, Herr Holzammer über das Handwerk in der Selbstregung. Auch ein umfangreiches Beratungsprogramm ist vorgesehen. Aus den gestellten Anträgen wollen wir nur einige nennen. Gernstigt verlangt, der Bundesvorstand soll bei der Reichsregierung die Aufhebung der verkehrten Wohnungszwangswirtschaft veranlassen. Dresden verlangt Einführung der vierjährigen Bezahlzeit im ganzen Reich. Düsseldorf verlangt, daß eine Zeitung für Lehrlinge geschaffen wird. Leipzig verlangt, daß die Erlangung von Gewerbebescheinigungen schwer wird und wirksame Bußgelder für Hilfsarbeiter. Lübeck will, daß Fabrikanten, die gesundheitsgefährliches Material herstellen und verkaufen, strafrechtlich verfolgt werden. Der Kreisverband Wälder Sattler, Tapezierer usw. verlangt, daß für das Sattler- und Tapezierergewerbe nach Möglichkeit ein gemeinsamer Mantelvertrag geschlossen wird. Der Thüringer Landesverband beantragt die Verschmelzung der beiden Bünde (Sattler und Tapezierer).

Viele der genannten Anträge zeigen, wie nahe man in Anknüpfungstreifen eine Situation noch zu beurteilen vermag.

In der Versammlung der Leipziger Tapeziererinnung vom 12. Juli wurden neue Lehrlinge aufgenommen. Dabei machte der Vertreter der Gehilfen geltend, daß eine große Zahl dieser Lehrlinge später keine Beschäftigung im Beruf finden würde. Er beantragte dann die Verbandsfreiheit für Lehrlinge. Der Obermeister Eichhorn entgegnete, daß in den nächsten Jahren die Auswirkungen der Kriegsjahre betreffs Nachwuchs in Erscheinung treten. Ein billiger Trost für die 150 arbeitslosen Gehilfen in Leipzig. Die Befreiung der Lehrlinge an politischen Verbänden steht die Bindung auf alle Fälle ab.

Dazu ist zu bemerken, daß die Bindung in diesem Falle weder etwas zu erlauben noch abzulehnen hat, denn auch

den Lehrlingen ist die Koalitionsfreiheit gesetzlich gewährleistet.

Zur Beachtung für Mitglieder und Kollegen, die nach der Schweiz nie überhaupt nach dem Auslande reisen. Im Organ des Schweizerischen Lederarbeiterverbandes wird bekanntgemacht, daß Ausländer zur Arbeitsaufnahme in der Schweiz stets eine vor der Einreise erhaltene behördliche Bewilligung besitzen müssen. Ohne solche Bewilligung laufen sie sonst Gefahr, im Falle der Arbeitsaufnahme verhaftet, bestraft und abgeschoben zu werden. Die Schweizerische Organisation erläßt ferner ein Gebot, nach dem jeder, der zur direkten Arbeitsaufnahme nach der Schweiz reisen will, verpflichtet wird, sich vorher bei der Organisation über die Arbeitsstelle, Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. zu erkundigen. Adresse: Zürich, Volkshaus, Stausacher Str. 60.

Der Kassierer macht ferner bekannt, daß in letzter Zeit Kollegen aus österreichischen und deutschen Verbänden die Schweiz verlassen, ohne daß sie Erlaubnis haben, Arbeit anzunehmen. In solchen Fällen würde auch keine Reiseunterstützung gewährt, denn diese werde nur Kollegen gezahlt, die sich auf der Suche nach Arbeit auf die Wanderhelfer begeben. Der Schweizerische Verband zahlt als Maximum 6 Franken Reiseunterstützung. Diesen Betrag sollen ausländische Kollegen, die nur als reine Besuchsreisende in der Schweiz waren, in fünf Raten nachher erheben lassen.

Es ist daher verständlich, wenn der Schweizerische Verband sich gegen diese Art und Weise der Auszahlung zu schützen sucht, man sollte aber einen Fall derartigsten Auszahlung nicht so verallgemeinern. Liebergen lassen wir uns in auch nicht gleich gegen Ausländer, die doch trotz der wirtschaftlichen Misere, in der sich Deutschland seit Jahren befindet, keinen Augenblick gezögert haben, alle Vorteile wahrzunehmen, die ihnen hier geboten waren. Man darf nur an die Zeit der Inflation zurückdenken, wo Schweizer in Österreich und Deutschland fast umsonst gelebt haben.

Amerika. Der Verband der Postler hat in New York einen guten Erfolg für die Teppich- und Unterwäscher zu buchen, beträgt doch jetzt der Mindestlohn pro

Woche 66 Dollar, für Näherinnen 36-42 Dollar. Auch die im Großhandel beschäftigten Sattlerer haben nach vorübergehendem Streik die Arbeit für Craft Co. gezwungen, die Arbeitsbedingungen der Union durchzuführen. Auch in Chicago wurde ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen, der den Sattlerern für Kundenarbeit 1,25 Dollar als Stundenlohn fixiert. Dieser Lohn gilt auch für die öffentlichen Institutionen in Cook County. Unter anderem wird von Fortschritten der Organisationsarbeit im ganzen Lande berichtet.

Auf der Tagung des Sattlerbundes in Bremen hat Herr Scholz, Berlin, einen Bericht über die Fachschule erstattet. Dabei gab er dem Bedauern Ausdruck, daß der Tapeziererbund in Frankfurt am Main eine neue Schule errichtet hat. Trotz aller Zugehörnisse habe man kein Zulammengehen erreichen können. Die Hildesheimer Schule hätte über 100 Schüler. Die Klassen wären aber sehr unglücklich besetzt, die Tapeziererklasse sei außerordentlich stark besetzt, dagegen ist in der Sattlerklasse die Schülerzahl zurückgegangen. Die Schüler in der Tapeziererklasse sind meist Söhne von Sattlermeistern oder solchen, die ein Sattler- und Tapezierergewerbe haben. Eine beachtliche Umstellung, weil die Sattler sich mehr und mehr mit Sattler- und Tapezierarbeiten befassen müssen, denn die Sattlerei allein bietet selbst in Städten kaum noch ausreichende Existenzmöglichkeiten, diesen Umstand scheint man im Tapeziererbund gänzlich unbeachtet zu lassen. — Im weiteren berichtete Herr Scholz, daß es auch möglich gemacht wurde, eine Auto- und Wagenfahrradklasse einzurichten. Die Kammertafel hat jetzt jedoch nur einen Schüler, so daß sie einer anderen Klasse zugeteilt werden muß.

Zur Lage in der Ledermarenindustrie lauten die Berichte aus Offenbach weiter optimistisch. Dabei sind nach dem Arbeitsbericht vom 6. August bis 13. August gerade 27 Geheilen eingestellt worden, 22 Sattler und 5 Portefeinler; das ist allerdings eine recht zaghafte Besserung, denn die Zahl der Stellungsuchenden beträgt immer noch 3678. Auch die Ausführerinnen haben sich nicht gebessert, dafür sprechen folgende Ziffern, die wir der WZJ entnehmen. Ausfuhr in Doppelzentnern: erstes Halbjahr 1914: 14 809, 1925: 6688, 1926: 3357, letztere sind aber dem Werte nach etwas höher. Im übrigen legt man große Hoffnungen auf die große Leipziger Herbstmesse, weil dort im internationalen Wettbewerb sich die besten Leistungen durchsetzen. Nach Leipzig kommt man aus aller Welt, weil hier der größte europäische Markt ist, der eine sonst nirgends gebotene Lebenskraft darbietet.

Diese Messe beginnt am 29. August, so daß wir hoffentlich bald spüren, ob sich diese Hoffnungen erfüllen.

Es wird besonders betont, daß es infolge verbesserter Arbeitsmethoden gelungen sei, Qualitätswaren zu Preisen anzubieten, die für die geschwächte Kaufkraft des Inlandes erschwinglich sind und auch die Konturrenz auf dem Weltmarkt bestehen können. Den Offenbacher Fabrikanten sei es gegliedert, allerlei Neuheiten zu schaffen, welche zur Belebung des Absatzes beitragen würden.

Zur Lage der Lederwarenindustrie und ihrer Neubelebung.

Der „Vorwärts“ brachte über die Zukunftsaussichten der Lederwarenindustrie kürzlich folgenden Bericht:

Im Vergleich zum Jahre 1914 (5 Monate) stellte sich für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres die Ausfuhr von Lederwaren nach den wichtigsten Abnehmerländern wie folgt:

	1926 (in Doppelzentner)	1914 (in Doppelzentner)
England	2885	5325
Niederlande	697	1018
Oesterreich und Ungarn	—	621
Schweden	247	563
Belgien	—	578
Frankreich	—	313
Rußland, Türkei, Finnland,	—	—
Australischer Bund	—	563
Stallen	101	333
	3930	9332

Eine kleine Besserung ist für die Ausfuhr nach Schweden und den Vereinigten Staaten eingetreten, und zwar besetzte sich die Ausfuhr nach Schweden von 252 Doppelzentner vor dem Kriege auf 290 Doppelzentner in den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 und die Ausfuhr nach Nordamerika von 169 auf 250 Doppelzentner. Für die Ausfuhr von Reisekoffern und Handkoffern aus Leder ergibt sich ein ähnliches Bild. Da die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie hochwertige Qualitäten und besonders Handarbeiten herstellt, bedeutet der Ausfall gerade im Export von Lederwaren für Deutschland eine empfindliche Einbuße an hochwertiger Arbeit. Das ist noch mehr der Fall, da ja in den Lederwaren auch noch eine hochwertige Metallverarbeitung steckt, so daß zugleich mit der Lederindustrie die Metallindustrie in Deutschland getroffen wird. Ohne Zweifel ist gerade diese Entwertung, die eine Abdrängung von weiterverarbeitenden deutschen Waren vom Weltmarkt bedeutet, nicht ohne Folgen für die Entwertung des Arbeitsmarktes in Deutschland geblieben. Bekanntlich wachsen ja die Arbeitsmöglichkeiten mit dem Grad der Veredelung.

Allgemein führt man die Wendung immer noch auf den Krieg zurück, und zwar zum Teil mit Recht. Während des Krieges haben viele Länder eine eigene Lederwaren- und Reiseartikelindustrie künstlich großgezogen. Dabei spielt der Protektionismus auch eine Rolle, der das Wachstum der neuen Industrie im Auslande gegen die Waren der deutschen Lederindustrie schützt. Andererseits macht sich gerade im Absatz von Luxuswaren die Laifschabe geltend, daß eine allgemeine Verarmung in Europa eingetreten ist, wodurch der Markt an seiner früheren Aufnahmefähigkeit verloren hat.

Eigentlich ist das Problem des Exportrückganges für deutsche veredelte Waren eins der wichtigsten, und es ist

klar, daß alle möglichen Versuche gemacht werden, den Export wieder zu steigern. Verbodung dürfte aber wohl sein, daß der weiterverarbeitenden Industrie das Rohmaterial (Haut, Fell, Leder usw.) zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Der Glaube, auf Grund von Bedingungen Höchstpreise behaupten zu können, zerstört jede Verbodung, der deutschen Industrie die alte Stellung auf dem Weltmarkt wieder zurückzugeben.

Zerrüttung der Wirtschaft.

In welcher unerantwortlichen Weise einflußreiche Führer großer Industrieunternehmen wirtschaften, dafür bringt der „Vorwärts“ Nr. 34, vom 17. August drastische Mitteilungen. In Erlangen holte sich ein Dr. Karl Zimmann wegen Untreue vor Gericht zu verantworten. Der Mann hat es verstanden, einen großen Konzern von Firmen zu bilden, die alle ärztliche Geräte herstellen, insgesamt 49 = 75 Proz. aller, die existieren. Sein jährliches Einkommen hat er auf 400 000 Mk. gesteigert, trotzdem bezog er noch Reisepfeifen in Höhe von 575 Goldmark täglich. Er hat sich ein Landhaus erbaut, das einen Wert von 700 000 Goldmark besitzt, außerdem soll er sich hohe Summen zu verschaffen gewußt haben. Seine Mitdirektoren bezogen ebenfalls hohe Gehälter, Dr. Müller 94 000 Mk., Dr. Lehmer 86 500 Mk., Kommerzienrat Niendorf 100 000 Mk., Direktor Untertöbner 70 000 Mk.

Das Gericht verurteilte J. zu 200 000 Mark Geldstrafe und neun Monaten Gefängnis. Solche Menschen sind nun Führer unserer Wirtschaft, drücken die Arbeiter bis aufs Blut und zahlen Hungerlöhne. Davon nimmt natürlich das Organ der Arbeitgeberverbände keine Notiz. Kleingeld ist das kein Einzelfall, sondern ganz und gäbe in Industriezweigen. Hat doch ein Zeuge bemerkt, daß das Gehalt des J. keineswegs hoch sei, denn er kenne Herren, die in ähnlicher Stellung schon im Frieden 800 000 Mk. Einkommen hatten. Dieser Zeuge (Baron Kaulow) ist im Aufsichtsrat von 20 Industriezweigen. Er selbst erhielt wegen seiner guten Beziehungen und seiner schönen Figur von obigem Konzern jährlich 57 000 Mk. Der Direktor eines großen Bauhauses sagte, es sei bei jeder ausländischen Gesellschaft üblich, daß den Aufsichtsräten nach einer Sitzung ein Kuvert mit 1000 Mk. in die Hände gedrückt wird.

Dem lauberen Dr. Zimmann wurde vom Gericht gesagt, er habe der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt, denn er habe den Glauben an die Ehrlichkeit im deutschen Wirtschaftsleben zerstört. Denn schon regten sich Stimmen, die in diesem trüben Bild eine typische Erscheinung in der deutschen Großindustrie sehen wollten.

Eine Gesellschaft, die so wirtschaftet, wird ihren Arbeitern höher erdämmte Löhne zahlen. Ist diese Klasse nicht reich, daß man ihr die Führung der Wirtschaft baldigt entzieht?

Und ausgerechnet zu gleicher Zeit bemüht sich der Direktor W. Haller von Siemens u. Halste und Siemens-Schuckert u. Co., den Nachweis zu führen, daß die — Arbeiter — an allem schuld sind. Was kann man auch mehr von solchen Herrn erwarten! — Haller behauptet, es würde zuviel an Lohn ausgegeben, und die Produktion habe sich sowohl dem Werte nach wie auch der Menge nach wesentlich vermindert. Ihm erwidert im „Vorwärts“ vom 20. August Kurt Heing, Haller möge sich doch erst einmal informieren, welche unfruchtliche Leberorganisation gerade im Siemens-Konzern die Produktion verlangsamt. Er möge sich doch mal ansehen, welche Formulare, Karten, Kopien, Stempel für die einfachste Beileitung erforderlich sind, ehe Ausführung und Abfertigung erdichtig sind. Natürlich kommt dem Herrn Direktor keine Reizung an, einmal das alles nachzuprüfen, und vor allem auch die Zahl der Direktoren, Ingenieure, Werkmeister und sonstigen Kräfte, samt ihren Gehältern, Lantleimen, Diäten usw., bei seinen Lüsteilen in Betracht zu ziehen. Daß bei Siemens keine vorbildlichen Arbeitsverhältnisse bestehen, ist bekannt.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Entgegen allen Meldungen bürgerlicher Zeitungen wird aus England berichtet, daß der Kampf der Bergarbeiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne nicht beendet ist. Am 19. August haben Verhandlungen stattgefunden; diese sind indes resultatlos gewesen, weil die Unternehmer voraus bestehen, die Arbeitsstunden mühten verlängert werden. Ferner weigert sich die Zentralstelle, über Lohnfragen zu unterhandeln; dies soll vielmehr den einzelnen Bezirken überlassen bleiben, ebenso die näheren Bedingungen, zu welchen die Arbeit aufgenommen werden könne. Die Unternehmer rechnen damit, daß der Streik zusammenbricht und die Bergarbeiter zu Kreuzen liegen. Die Bergarbeiter erklären, daß die Annahme der Bedingungen der Unternehmer (Massige Armut der Bergarbeiter bedeuten würde, und das lie in ihrem Widerstande beharren. Unterstützt die Bergarbeiter nach Kräften.

Zelchnet auf die Sammelisten.

Die Niederlage der Bergarbeiter wirkt sich sonst auch in den übrigen Kulturländern aus.

Schon gärt es an der Ruhr! In Essen haben am 19. August ebenfalls Lohnverhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer haben die Erhöhung der Löhne um 80 Pf. pro Schicht abgelehnt. Im Gegenteil, die Unternehmer verlangen noch einen Abbau der Löhne. Man muß nun abwarten, welches Ergebnis die Verhandlungen vor dem Schlichter bringen, die voraussichtlich in dieser Woche stattfinden.

Korrespondenzen.

Breslau. In der Versammlung vom 17. August sprach Genosse Baumann über „Genossenschaftsweien“. Er schloßberie zunächst das Wesen der Genossenschaftlichen, Produktgenossenschaft und Verbrauchergenossenschaft, dann kritisierte er die Ursachen der heutigen Krise, die im wesentlichen eine Misjahre sei. Gegen die Herabsetzung der Kaufpreise wirken die Kartelle und Syndikate; als Gegenmittel stellen wir das Syndikat der Arbeitstrait (Gewerkschaften) und das Syndikat der Kaufkraft (Genossenschaft mit Eigenproduktion). Der Anfang sei gemacht mit der Arbeitstraitlegung der neuerbauten eigenen Bäckerei des Konsumvereins „Vorwärts“. An den Kollegen liegt es, für den weiteren Ausbau der Genossenschaft zu sorgen. Eine Berücksichtigung der Bäckerei wird in Kürze erfolgen. Nach dem Vortrage folgten geschäftliche Mitteilungen. Kollege Rudolph verwies auf die Erträge, welche die „Vorkaufserge“ im ersten Halbjahr 1926 aufzuweisen hat, und forderte auf, sich beim Abschluß von Verhandlungen nur an die eigene Ehrlichkeit der Arbeiterschaft zu halten.

Bücherchau.

Typisierung und Verbilligung. Die Division of simplified practise, die die amerikanische Regierung dem Bureau of Standards beigegeben hat, hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Vertretern der Erzeuger- und Verbraucherfreize die Typenabgabe aller Gebrauchsgüter herabzusetzen. Hierüber wurde die Typenabgabe der Ingenieureine p. B. von 119 auf 1 herabgesetzt, ferner die Zahl der Milligramme von 49 auf 9, die Typenabgabe der Federn für Männerhüte von 1000 auf 9 und dgl. Was diese Normung des Wirtschaftslebens für die Verbilligung bedeutet, zeigt uns das neue Buch „Das wirtschaftliche Amerika“ von Karl Kötting. Es erparnt die Verbraucher nach der Normung p. B. am Preise für Breiten und Bettstellen 33 Proz. für jedes Stück.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 23. bis 29. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig.

Wer sich vor Schäden schützen will, bezahle seine Beiträge regelmäßig.

Arbeitslosenräthung.

Wir eruchen alle Ortsverwaltungen, die Arbeitslosen, betreffend die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, Ende August dieses Jahres bis spätestens zum 5. September einzuliefern. Orte, die nicht rechtzeitig berichten, können in die Erhebung nicht aufgenommen werden und tragen durch ihre Nachlässigkeit dazu bei, daß die Gesamtübersicht über den Arbeitsmarkt unvollständig erscheint. Eintrag bis der 28. August dieses Jahres.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband können zurückblicken: Berlin: Paul Helwig, Portefeinler; Ernst Gähler, Umkleewärmer; Ernst Brand, Treibriemen; sattler; Magdeburg: Albert Feste, Sattler.

Eine Richtigstellung. Zu der Notiz in Nr. 32 betreffend Verbandsaggsprotokoll, sendet uns Kollege A. Entenmann eine Offenbach ein längeres Schreiben, das folgendes enthält:

Dem Hauptvorstand sei mitgeteilt worden, das Protokoll sollte pro Stück 2 Mk. (Es ist das in der Tat an einem früheren Datum geschreiben, hätte aber im Offenbacher Mitteilungsblatt richtiggestellt werden können.) Hierzu bemerkt die Richtigstellung nur, daß die Korrektur durch ein Zusammenreffen verschiedener Umstände im Mitteilungsblatt unterblieb!

Es befiht dann weiter: die Verbandssteigerung wie die gesamte Ortsverwaltung sieht nicht an zu erklären, daß sie selbst das größte Interesse an der möglichst restlosen Verbreitung des Hamburger Protokolls hat. Der Nachdruck einzelner Teile solle gerade zum Studium anregen. (Was indes mit dem Himmel auf den Anschaffungspreis von 2 Mk. statt 1 Mk. im Widerspruch steht.)

Adressenveränderungen.

Hamm i. M. Vorl.: Heinrich Stöckmann, Seidenstraße 33. Koll.: Josef Leubach, Kleine Belfstr. 15/17. Düsseldorf. Vorl.: Georg Böring, Schindlerstr. 70 II. Wülfrath i. Rhld., Koll.: Karl Wobs, Bismarckstr. 2. Wachen. Vorl.: Karl Wans, Klappergasse 4 II, Wachenstraße 12. Koll.: Karl Specht, Braunsstraße 11 I. Koll.: Ch. Biedorf, Beyerstr. 11 I 4. Koll.: A. Fints, Koll., Bernhardtstr. 2. Hensburg. Koll.: Wilhelm Jessen, Leichstr. 29/31. Hauen i. Vogtl. Vorl.: Johann Bauer, Brühlstraße 11 I.

Sterbefälle.

Berlin. Am 13. August starb unser Mitglied, der Tapezierer Heinz Koshlitz, im Alter von 33 Jahren. Sein Am 9. August starb nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Sattler Max Knorr, im Alter von 34 Jahren. Er hinterläßt einen